



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 81 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVII/9 - 11. Januar 1982

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>In der Hauptstadt Deutschlands</u> Zur Tagung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in Berlin	39
2 - 3	<u>Belgrads mazedonische Intentionen</u> Wo wird morgen Albanien stehen? Von Dr. Basil Mathopoulos	59
4 - 5	<u>An ihren Entlohnern ...</u> Kraich in der Lübcker CDU	50
5	<u>Mit gedüngten Trohnt</u> Der Karneval beginnt	20
6	<u>Professor Rodenstein 60 Jahre alt</u> Ein verdienstvoller sozialdemokratischer Kulturpolitiker	21
6	<u>Einsichtiger Erhard</u> Entwicklungshilfe und Kaffeessteuer	21

* * * *

* * *

In der Hauptstadt Deutschlands

sp - Aus wohlwogenen Gründen hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ihre erste Sitzung in diesem Jahr in Berlin abgehalten. Sie wählte als Tagungsort Berlin, um damit ihre unzerstörbare Verbundenheit mit jener Stadt zu bekunden, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk um ihre Selbstbehauptung ringt. An Berlin entscheidet sich das deutsche Schicksal. Seit dem 13. August, dem dunkelsten Tag der deutschen Nachkriegsgeschichte, ist jedem um die Zukunft bangenden Deutschen die innere und äußere Not unseres Volkes schmerzlich zum Bewußtsein gekommen. Wir stehen vor großen Bewährungsproben. Ob wir sie als Nation bestehen werden, hängt von unserer Fähigkeit ab, den inneren Zusammenhalt - trotz der Mauer - zu bewahren. Das Schicksal Berlins und unser eigenes Schicksal wird nicht nur durch den Verlauf der kommenden Verhandlungen zwischen den beiden Weltmächten bestimmt, es wird auch durch unsere Entschlossenheit geprägt, zu Berlin zu stehen. Der Wille eines ganzen Volkes läßt sich auf die Dauer nicht regieren, ihn müssen auch die Weltmächte zur Kenntnis nehmen. Es gibt im Ausland, auch in dem uns befreundeten Ausland manche Stimmen, die die Gültigkeit und Stärke dieses Willens bezweifeln und die trügerische Illusion hegen, das deutsche Volk werde sich mit dem gegenwärtigen Zustand abfinden. Es liegt an uns, diese Stimmen zum verstummen zu bringen.

Die deutsche Politik von heute und morgen muß unter dem verpflichtenden Motto stehen, die Berlin und unser Volk trennende Mauer zu überwinden. Das ist mit Worten und Entschliessungen allein nicht getan. Was zählt, was zu Buche schlägt, sind Taten. Westberlin allein ist trotz seiner imponierenden Lebenskraft und seines ungebrochenen Willens zur Selbstbehauptung nicht in der Lage, die mannigfaltigen Gefahren, die seine Existenz bedrohen, abzuwehren. Es bedarf hierzu der überzeugenden Solidarität der ganzen deutschen Nation. Der Berliner Senat hat bestimmte Vorstellungen, was getan werden kann und geschehen muß, um die Lebensfähigkeit dieser Stadt zu erhalten. Über die Erfüllung seiner Wünsche und Vorschläge sollte es keinen kleinlichen Streit geben. Die Berliner verlangen nichts Unmögliches, und sie haben nach dem 13. August mehr als jemals Anspruch darauf, gehört zu werden. Die deutsche Sozialdemokratie sieht, was ging aus allen Beratungen der Bundestagsfraktion und ihrer Arbeitskreise überdeutlich hervor, in Berlin eine nationale Verpflichtung und in der Stärkung dieser Stadt eine nationale Aufgabe erster Größenordnung. In seiner Hauptstadt verkörpert das ganze deutsche Volk seinen Willen zu Frieden und Einheit. Das muß auch in Zukunft gelten:

Belgrads mazedonische Intentionen

Von Dr. Basil Mathieopoulos

Die mazedonische Frage ist keine neue Version krenl'scher Propagandataktilik, sondern das unbewältigte Erbe wider Grossmacht-politik. Nach dem Zusammenbruch der osmanischen Herrschaft kristallisierten sich aus dem bunten Mosaik der Stämme und Völker des Balkan nationale Gebilde, die unter dem wechselhaften Patronat der "Schutzmächte" Grossbritannien, Frankreich und Russland das Gerücht von "Kranken Mann am Bosphorus" durch die Angst vor dem südosteuropäischen Pulverfaas ersetzten. Der erste Balkankrieg (1912/13) und erst recht das Ende des ersten Weltkrieges, der nach dem Auseinanderplatzen der Österreich-ungarischen Monarchie das Prinzip der Nationalstaaten durch den Versailler Vertrag brachte, schienen die sogenannte mazedonische Frage endgültig zu lösen.

Diese Rechnung war ohne den alten bulgarischen Traum von "Gross-Bulgarien" gemacht worden, der mit der gleichen untergründigen Intensität von faschistischen Regime der Vorkriegsjahre wie, bis heute, von den kommunistischen Machthabern in Sofia weitergesponnen wurde. In den dreissiger Jahren distanzierte sich Bulgarien von der Kleinen Entente. Heute liegen das östliche griechische Mazedonien und das westliche jugoslawische Mazedonien im Streufeld der bulgarischen Interessen.

Belgrad hat, wohl um die uneingestandenen bulgarischen Ziele wissend, eine eigene Lösung des Problems ausgeklügelt, in der der Gedanke einer "makedonischen Nation" in den Vordergrund geschoben wird, die sich aus den verschiedenen teilstaatlichen Regionen selbstständig und unabhängig konstituieren soll. Der maßgebliche Einfluss Belgrads ist stillschweigend einbezogen.

Gebrochenes Tabu

Weder Sofia noch Belgrad konnten ihre Ideen verwirklichen. Über ihre Auseinandersetzungen in dieser Frage scheiterte sogar 1947 der Stalin'sche Plan eines Balkanbundes, der die Sowjetisierung des Balkan garantieren sollte. Griechenland hatte in den Nachkriegsjahren schwere Umwälzungen durchzustehen und war froh, dass, nachdem die ständig sich verbessernden Beziehungen zwischen Athen und Belgrad 1953 zur Allianz führten, das heikle Thema offiziell tabu wurde.

Mit der Aufkündigung des Balkanpaktes durch Jugoslawien gab Belgrad seine Zurückhaltung auf. Anfang Dezember sprachen noch untergeordnete Organe des jugoslawisch-mazedonischen Bundesstaates in Skopje von der "mazedonischen Minderheit" in Nordgriechenland. Mitte Dezember forderte der offizielle Regierungssprecher in Belgrad zweimal innerhalb weniger Tage die "Rechte" der mazedonischen Minderheit, denn nur so könne das Verhältnis zwischen beiden Ländern "auf eine reale Basis gestellt werden". Die Reaktion Athens war abweisend. Man meinte, Belgrad habe Spekulationen über eine nichtexistierende Tatsache angestellt (von den 1,6 Millionen Einwohnern Griechisch-Mazedoniens sprechen nur 65 000 slawisch.)

Neue Möglichkeiten

Möglicherweise besteht eine Beziehung zwischen dem Kesselreiben Chruschtschows gegen Albanien und dem Hochspielen der mazedonischen Frage durch Belgrad. Der Eindruck entsteht, dass Tito eine Lösung der "albanischen" Frage nicht ungelegen käme, könnte er durch die Ablösung des Hodscha-Regimes eine Regierung ihm verwandter Prägung in Tirana fördern. Damit wäre er die Sorgen los, die ihm die rund eine Million Albanier in Südjugoslawien als Minderheit bereiten. Ohne Frage braucht es dazu das Placet Moskaus, das für den Kopf Hodschas sicher manche Zugeständnisse machen würde. Griechenland, das seinerseits über starke Minderheiten in Südalbanien (Nord-epirus) verfügt, kann solchen Ansichten gegenüber nur skeptisch sein, nicht zuletzt weil es für seine Landesleute das Selbstbestimmungsrecht fordert.

* * *

An ihren Früchten...

kn. - Der Fall des Lübecker CDU-Funktionärs Ehrenfried Weidemann oder die Frage "Störenfried oder Ehrenfried der CDU?" wäre in Grunde eine Angelegenheit für die politischen Kabaretts in der Bundesrepublik, wobei es diesen an grotesken Spitzen nicht fehlen würde.

Im Herbst 1959 konnten die Lübecker vor der Kommunalwahl das Bild des agilen Herrn Weidemann mit dem Hinweis bewundern: "Das ist Ihr Kandidat! Wer Ehrenfried Weidemann kennt, wird sofort zustimmen. Ehrenfried Weidemann ist auch Ihr Vertrauensmann." Der letzte Spruch der Wahlannonce der CDU lautete: "An den Früchten soll man uns erkennen".

Ob nun vor der Kommunalwahl am 11. März an Lübecker Plakatsäulen auch das Schlußdrama der Affäre Weidemann plakatiert werden wird, steht jedoch auf einem anderen Blatt. Zwar wurde Weidemann durch die Vermittlung des Kieler Innenministers Dr. Helmut Lenke genannt von Seltowitz mit Ach und Krach wieder in seine Partei aufgenommen, aber unter recht eigenartigen Umständen.

Man hatte den Herrn Weidemann am 23. Dezember - also einen Tag vor Heiligabend - vor das Landesparteigericht zitiert, um zu klären, ob er denn nun CDU-Mitglied sei und ob ihn das Lübecker Kreisparteigericht im Oktober zu Recht aus den Reihen der Christlichen Demokraten gestoßen hatte. Man schickte ihn die Vorladung an dem Tage ins Haus, an dem er vom Grabe seiner schon verstorbenen Mutter zurückkehrte.

Minister Lenke schaltete sich ein und die Lübecker beschlossen, bis zum Tage der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein, dem 11. März, das Kriegsbeil zu begraben. Weidemann versicherte, er werde gegen den Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Hanns-Ulrich Pusch - der zum Fernsehen überwechseln will - und den Senator Dr. Wollbrandt nichts Böses mehr sagen. Dafür wird Weidemann bei der Bürgerschaftswahl für seine Partei kandidieren. Und in der Kieler CDU-Zentrale versichert man, die internen Auseinandersetzungen in der Hansestadt seien maßlos übertrieben worden.

Sicher hat Weidemann mit dem stärksten CDU-Bezirksverband in Rücken im internen Schriftwechsel nicht mit seiner Kritik an den "lahmen" Parteifreunden in der hohen Änterr zurückgehalten. Weidemann verlor darauf alle Kommunalämter und wurde zudem noch aus seiner Partei aus-

geschlossen. Dieser zweite Beschluß indes wurde am 22. April letzten Jahres revidiert, denn der Satzungsausschuß der Christdemokraten erkannte, niemand dürfe in gleicher Sache zweimal bestraft werden.

Weidemanns Parteifreund und Gegner in der CDU, der Senator Wollbrandt, ließ sogar eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Steuerinspektor Weidemann los. Die Oberfinanzdirektion in Kiel aber wies diese Beschwerde zurück, weil Weidemann, der die Steuerveranlagungen prominenter Lübecker gründlich zu prüfen pflegt, sich einer dienstlichen strafbaren Handlung nicht schuldig gemacht habe.

So ging es denn in Lübeck hin und her, bis das Weihnachtsfest vorüber war und das neue Jahr begann, oder besser die Kommunalwahl nahte. Aber niemand vermag zu sagen, wann in Lübeck nach dem jetzt geschlossenen Burgfrieden ein neuer Krach in der CDU ausbrechen wird. Unter der Ägide von Hanns-Jürgen Busch gab es ja schon die Fälle MdB Wendelbörs, zweiter Stadtpräsident Schmidt, Bürgermeister Dr. Walther Böttcher und andere.

* * *

Mit gedämpftem Frohmut

Bdt. - Der Karneval 1962 läuft an. Die GEM's in den deutschen Karnevals- und Faschings-Hauptstädten empfangen die Prinzenpaare. Es ist nicht so, als ob nichts gewesen wäre; Jeder weiß, daß die tragische Situation des deutschen Volkes den diesjährigen Karneval ernsthaft in Frage gestellt hatte. Alle Beteiligten gehen mit gedämpfter Fröhlichkeit an die Veranstaltungsvorbereitungen heran. An ein 'Verbot' des Karnevals hat nie jemand gedacht; es wäre sowieso gefeiert worden. Die angespannt arbeitenden Menschen aus Fabriken und Büros machen ihren Anspruch auf den gewohnten Ausgleich geltend.

Ein nordrhein-westfälischer Politiker hat gemeint, man müsse diesmal mit "Maß und Würde" feiern. Maß, na schön... Mit der Würde ist es im Karneval noch schwieriger.

"Lebensfreude und Beseinsbejahung" - diese Stichworte sind bei einem Gespräch über den Karneval zwischen Berlins Regierungsdirektor Bürgermeister Willy Brandt und dem Kölner Oberbürgermeister Theo Buchmann gefallen. Sie dürften überall dort aufgenommen werden, wo man Karneval auch 1962 feiert. Damit rückt die diesjährige Karnevalsstimmung von der Pröcklichkeit als solcher ab und bekommt das Gepräge des "...Wenn man trotzdem lacht!" Und das ist zweifellos der einzig mögliche Hintergrund, vor dem die Veranstaltungen abrollen können.

* * *

Professor Rodenstein 60 Jahre alt

Bdt. - Ein bekannter deutscher Kulturpolitiker und Pädagoge feiert am 12. Januar seinen 60. Geburtstag, der Braunschweiger Professor Heinrich Rodenstein. Der Sozialdemokrat Rodenstein ist erster Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB und in der Personal-Union erster Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrervorverbände. Auch dem Vorstand der Septenbergesellschaft gehört Heinrich Rodenstein an. 1955 war Professor Rodenstein als erster Deutscher - was damals in der Weltöffentlichkeit nicht unbeträchtliches Aufsehen erregte - zum Präsidenten des Internationalen Lehrerverbandes gewählt worden, auch mit den Stimmen des israelischen Vorstandes. Professor Rodenstein, der einen Lehrstuhl an der Kant-Hochschule in Braunschweig innehat, der mehrere Amtsperioden hindurch Direktor dieser Lehrerbildungsanstalt war, ist Braunschweiger, Sohn eines Tabakarbeiters. 1933 wurde er aus Deutschland vertrieben, 1945 kehrte er in seine Heimatstadt zurück und fand an der Kant-Hochschule eine Wirkungsstätte als Dozent für staatsbürgerliche Erziehung. Professor Rodenstein, der den deutschen Lehrern wieder ihren Platz in der Internationale der Pädagogik gesichert hat, ist der deutschen Öffentlichkeit als einer der klarsten und entschiedensten Vorkämpfer für eine Schulreform bekannt geworden. Hier gibt es für den geistvollen und unerschütterlichen Mann noch viel zu tun.

* * *

Einsichtiger Erhard

sp - Das Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Kennedy hat beim Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Erhard offensichtlich einen tiefen Eindruck hinterlassen. Das bezugte sein Fernsehinterview am Mittwochabend. In dem Gespräch wurde auch die Bedeutung der Hilfe für entwicklungsgefährdete Länder hervorgehoben. Zu den Sorgenkindern Kennedys gehört Lateinamerika. Dieser Subkontinent kann eine leichte Beute des Kommunismus werden, sofern es den westlichen Industrienationen nicht gelingt, den Lebensstandard der Lateinamerikaner zu heben. Die Vereinigten Staaten haben schon gewaltige Summen investiert und großzügige Entwicklungsprogramme entworfen. Auch von der Bundesrepublik wird ein Beitrag erwartet. In diesem Zusammenhang hat nun Erhard die Kaffeesteuer erwähnt. Sie ist eine der höchsten in der Welt, sie belastet nicht nur die deutschen Hausfrauen, sie trifft auch hart die kaffeeproduzierenden Länder. Der Wirtschaftsminister bekräftigte im besagten Fernsehinterview die Abschaffung der Kaffeesteuer und folgte damit einer Einsicht, die die sozialdemokratische Bundestagsfraktion schon lange besaß. Ihre Anträge jedoch, diese Steuer zu beseitigen, wurden von der Partei Erhards abgelehnt. Wird Erhard nun für den wieder zu erwartenden Antrag der SPD-Fraktion stimmen oder ist auch hier wieder ein Unfall zu erwarten? Hier könnte Erhard, indem er zu seinen Worten steht, wieder gut machen, was er an gutem Ruf verloren hat.

* * *

Verantwortlich: i.A. Albert Exler